

Ein Lichtblick für die Menschenrechte

Ein britischer Anwalt hatte vor 50 Jahren angefangen: Er ließ Briefe schreiben, um politische Gefangene freizubekommen. Aus der Idee wurde eine weltweite Bewegung: Amnesty International, die

größte Menschenrechtsorganisation der Welt. Über drei Millionen Mitglieder und Unterstützer in mehr als 150 Ländern: Diese breite Verankerung im ehrenamtlichen Engagement sorgt für ein weites Netz an

Informanten und für finanzielle Unabhängigkeit. Dass aber noch viel zu tun ist, erklärt die ehemalige Generalsekretärin der deutschen Sektion, Barbara Lochbihler, im NP-Interview.

Amnesty International wird heute 50 Jahre alt. Lobbyarbeit für die politischen Gefangenen. Drei Millionen Unterstützer.

VON MICHAEL DONHAUSER

LONDON. Das Grundprinzip von Amnesty International ist einfach: „Ein stinknormaler Mensch sitzt in einem stinknormalen Haus und schreibt einen nicht stinknormalen Brief an einen Diktator, der sich darum nichts schert...“. So hat einmal der BBC-Autor John Tusa die Arbeit der größten Menschenrechtsorganisation der Welt zusammengefasst.

Macht der Briefe

Doch die vielen Millionen Briefe haben Wirkung gezeigt: 50 Jahre nach seiner Gründung in London ist Amnesty aktueller denn je. Die Freilassung der Oppositionellen Aung San Suu Kyi in Birma oder die Verlei-

hung des Friedensnobelpreises an den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo 2010 – beides hatte Amnesty maßgeblich mit beeinflusst.

„In den 50 Jahren, seit Amnesty International geboren wurde, um die Rechte von Menschen, die wegen ihrer friedlichen Gesinnung gefangen gehalten werden, zu schützen, hat es eine Revolution der Menschenrechte gegeben“, sagt Sailil Shetty, Generalsekretär der Organisation.

Als der britische Anwalt Peter Benenson im Mai 1961 einen Artikel im „Observer“ veröffentlichte, konnte er nicht ahnen, was er auslöste. Durch Zufall hatte er vom Schicksal zweier Studenten aus Portugal gehört. Sie waren eingesperrt worden, weil sie auf ihre Freiheit angestoßen hat-

ten. Benenson hatte das so empfunden, dass er in einer Kirche am Trafalgar Square eine Kerze für die beiden entzündete. Die Kerze, von Stacheldraht umwoben, ist noch heute Symbol für Amnesty.

In dem Artikel rief der Anwalt die Menschen auf, etwas gegen die Ungerech-

tigkeit zu tun: „Man muss nur eine Zeitung aufschlagen, und schon stößt man auf einen Bericht über jemanden, der eingesperrt, gefoltert oder hingerichtet wird, weil seine Meinung oder seine Religion der Regierung nicht gefallen. Jedes Mal überkommt den Zeitungsleser dann ein bedrück-

endes Ohnmachtsgefühl. Doch wenn diese Gefühle des Abscheus rund um die Welt zu einer gemeinsamen Handlung gebündelt werden könnten, dann könnte etwas Wirkungskvolles getan werden.“ Dieser Aufruf im „Observer“, gedruckt am 28. Mai 1961 unter der Überschrift „Die

vergessenen Gefangenen“, entfaltete eine Wirkung, wie Benenson sie nicht für möglich halten konnte. Aus dem zornigen Brief erwuchs eine weltweite Bewegung für die Menschenrechte. Schon drei Jahre nach seiner Gründung hatten die Unterstützer von Amnesty (englisch: Strafbefreiung) in

tausenden Briefen die Freilassung von mehr als 700 politische Gefangenen gefordert – nicht weniger als 140 kamen tatsächlich frei. 1970 waren es schon 2000 Freilassungen.

Amnesty zählt heute drei Millionen Unterstützer weltweit. 1977 wurde die Arbeit der Organisation mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt. Regierungen von den USA bis zum Iran, von Israel bis China singen – je nach Betroffenheit – Lobeshymnen oder stoßen Schmährufe auf Amnesty aus. Aus China, Nordkorea oder Russland heißt es häufig, Amnesty sei zu westlich. Doch auch in Europa, wo Regierungen Flüchtlinge in Krisenländer zurückschicken, wird Amnesty gefürchtet.

Mit der Zahl der Jahre wuchsen auch die Ambitionen.

Der Kampf gegen Folter kam auf die Agenda, später auch gegen die Todesstrafe. „50 Jahre, nachdem die Kerze von Amnesty begonnen hat, ein Licht auf Repressionen zu werfen, steht die Revolution der Menschenrechte nun an der Grenze zu historischen Veränderungen“, sagt Generalsekretär Shetty.

Noch viel zu tun

Die aufstrebenden Wirtschaftsmächte in Lateinamerika und Asien, die Veränderungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, vor allem aber der aktuelle arabische Frühling – das alles sind für den Inder die neuen Herausforderungen – genug für weitere 50 Jahre harter Arbeit.

BEISPIEL

Auszeichnung für mutigen Mexikaner

MEXIKO-STADT. Abel Barrera hat es geschafft, Mexiko mehrmals auf die internationale Anklagebank zu bringen. Immer ging es dabei um schwere Menschenrechtsverletzungen durch Armee oder Polizei – und um untätige Justizbehörden. Gestern zeichnete die deutsche Sektion von Amnesty International den 51-jährigen Anthropologen mit ihrem Menschenrechtspreis aus.

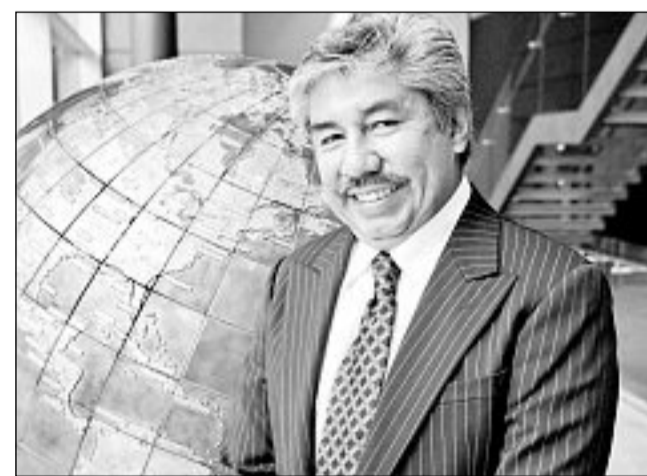
Barrera lebt im süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero, wo der sogenannte Drogenkrieg besonders heftig tobt. Staatspräsident Felipe Calderón schickte nach seinem Amtsantritt 2006 Soldaten, um der Drogenmafia Herr zu werden. Doch Barreras Erfahrungen sind anders: „Die Unterdrückung hat seither zugenommen.“ Es gibt mehr Verschwundene, und es gibt Morde, die wie Hinrichtungen verübt werden, in erster Linie von Armee, Polizei oder Paramilitärs.

1994 gründete Barrera das Menschenrechtszentrum Tlachinollan, das ebenfalls von Amnesty ausgezeichnet wurde. Anlass zur Gründung war die große Zahl von Ureinwohnern, die im Gefängnis sitzen, ohne zu wissen, warum. Denn die meisten sprechen kein oder nur wenig Spanisch. „Sie werden

bestraft, weil sie Indios sind“, sagt Barrera. Es gebe einen tiefisenden Rassismus in Mexiko. In die Fänge der Justiz geraten vor allem diejenigen Ureinwohner, die sich für ihre Rechte einsetzen. Mit Unterstützung von Amnesty gelang es Tlachinollan, die Freilassung zweier Aktivisten durchzusetzen.

Raúl Hernández kam 2010 nach mehr als zwei Jahren Untersuchungshaft frei, Felipe Arreaga 2005 nach einem Jahr. Beide waren mit gekauften Zeugen zu Unrecht des Mordes angeklagt. Möglich wird ein solcher Justizmissetbrauch durch ein Strafprozessrecht, das aus der spanischen Kolonialzeit stammt, die 1810 zu Ende ging. „Wer erst einmal angeklagt ist, muss seine Unschuld beweisen. Bis heute leben wir in der Inquisition“, resümiert Barrera.

Allerdings werden nur weniger als zwei Prozent der wahren Verbrechen auch aufgeklärt. Regierung, Polizei und Armee haben damit freie Hand, brutal gegen Ureinwohner vorzugehen, die ihnen zu aufmüpfig sind. So verwüstete die Armee in Guerrero indianische Bergdörfer, nachdem die Einwohner Schulen und Gesundheitszentren gefordert hatten.



GEEHRT: Abel Barrera erhielt gestern den Menschenrechtspreis von Amnesty International.



EIN LICHT GIBT HOFFUNG: Amnesty unterstützt auch die friedlichen Revolutionen in arabischen Ländern und mahnt dort an, die Menschenrechte zu achten.

NP-INTERVIEW

„Rückschritte gab es nach September 01“

Die grüne Europaparlamentarierin Barbara Lochbihler war von 1999 bis 2009 Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International.

VON PETRA RÜCKERL

Hat Amnesty die Welt verbessern können?

Es konnte sie manchmal ein Stückchen besser machen. Einmal für einzelne Gefangene, die festgehalten und gefoltert wurden. Aber auch als globaler Akteur konnte Amnesty die Menschenrechtslage durchaus verbessern, zum Beispiel beim Kampf gegen die Straflosigkeit von Folterern und Folterregimen.

Was waren für Sie die größten Erfolge?

Der größte Erfolg ist immer, wenn man konkret sieht, welchem einzelnen Menschen die Arbeit nützt. Ein großer Erfolg ist aber auch, dass Folterer nicht mehr offen agieren – dies also nicht mehr als Zeichen der Stärke gilt. Oder dass viele Staaten die Todesstrafe abgeschafft haben oder nicht mehr vollziehen. Es konzentriert sich auf ein paar Länder wie China, USA, Iran.

Und was sind die größten Rückschritte?

Die größten Rückschritte gab es nach September 2001, im sogenannten Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Staaten wie die USA haben bestimmte Foltermethoden wie „water boarding“, die ganz klar als solche definiert sind, nicht mehr als Folter benannt und gesagt, im Krieg gegen den Terrorismus ist alles möglich. Es wurden rechtsfreie Räume wie

Guantánamo geschaffen. Es wurde gegen Grundprinzipien der Menschenrechte verstoßen und so anderen Ländern Argumente gegeben, ihrerseits gegen Menschenrechte zu verstoßen. Man konnte sich hinter den USA verstecken. Oder auch der Genozid in den 90er Jahren in Ruanda. Man wusste, dass so etwas kommt, und hat einfach zugesehen.

In Ländern wie Pakistan wird täglich gegen Menschenrechte verstoßen ...

In meiner Einschätzung ist es so, dass auch hier im Namen des Anti-Terror-Kampfes die Rechtsstaatlichkeit sehr gelitten hat. Das gilt für die eigenen Behörden, wie sie mit den Bürgern umgehen, aber auch für das internationale Vorgehen. Von unbenannten Drohen heraus Menschen zu erschießen, ist sehr problematisch – diese Waffen töten viele Menschen, nicht nur gezielt Terroristen.

Europa wehrt sich gegen Flüchtlinge aus Nordafrika. Gelten Menschenrechte hier nicht mehr?

Im Europaparlament haben wir diese Woche den 50. Geburtstag von Amnesty mit Repräsentanten der EU und Europarat gefeiert. Unisono war man sich einig, dass es eine große Schande für Europa ist, was hier passiert. Nur weil ein paar Menschen kommen, will man gleich Schengen außer Kraft setzen und die Grenzen dicht machen. Man sieht nicht, dass etwa 400 000 Migranten, die in Libyen gearbeitet hatten, in Tunesien aufgenommen wurden – einfach von Familien. Wir stellen uns wegen ein paar tausend Menschen, verteilt auf ganz Europa, an. Das ist wirklich beschämend.



Barbara Lochbihler

Altmeiler vor dem endgültigen Aus

Umweltminister fordern dauerhafte Abschaltung 2017 oder 2022

Die Umweltminister der Länder machen Druck beim Atomausstieg: Sie beschließen das Aus für sieben AKWs. Auf ein Ausstiegsdatum können sie sich nicht einigen.

WERNIGERODE. Den sieben ältesten Atomkraftwerken in Deutschland droht die Stilllegung. Vor dem Koalitionsausschuss morgen im Kanzleramt beschlossen die Umweltminister von Bund und Ländern ges-

tern in Wernigerode, dass die vor 1980 ans Netz gegangenen Meiler keinen Strom mehr produzieren dürfen.

Wie Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) mitteilte, konnten sich die Ressortchefs nicht auf ein konkretes Datum verständigen, bis wann der letzte Meiler abgeschaltet werden muss. Laut Röttgen waren die Jahre 2017 und 2022 im Gespräch.

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) begrüßte das

abschbare Aus für sieben Atomkraftwerke. Er gehe davon aus, dass im Südwesten die Meiler Neckarwestheim I und Philippsburg I nie wieder ans Netz gehen, sagte sein Sprecher. Ferner wären betroffen: Isar I (Bayern), Biblis A und B (Hessen), Unterweser (Niedersachsen) und Brunsbüttel (Schleswig-Holstein).

Zur Zukunft des Atomkraftwerks Krümmel gab es zwar keine Einigung, aber in einer Protokollnotiz sprechen sich neun der 16 Länder dafür aus,

dieses AKW, das wegen zahlreicher Pannen schon länger stillsteht, nie wieder hochzufahren.

Die Umweltminister von Bund und Ländern forderten einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Anteil am Strom solle bis 2020 auf 40 Prozent steigen, so Röttgen. Bislang war 35 Prozent als Ziel genannt worden.

Für den Fall, dass es im Winter wegen der AKW-Abschaltung zu Problemen kommt, forderte die Bundesnetzagentur,

vom Netz gegangene Anlagen als Notfallreserve vorzuhalten. Andernfalls sei nicht auszuschließen, dass die Netzbetreiber einzelne Großverbraucher vom Netz nehmen müssten, meinte Präsident Matthias Kurth in Bonn.

Noch unklar ist die Zukunft der Brennelementesteuer. Teile der Union hatten das Aus erwogen, damit die Atomkonzerne mehr Geld in erneuerbare Energien investieren können. FDP-Chef Philipp Rösler will die Steuer dagegen behalten.



UNGEWISS: Die Zukunft des umstrittenen AKW Krümmel in Geesthacht ist weiter unklar.